

Große Anfrage

der Abgeordneten Lorenz, Baron von Wrangel, Jäger (Wangen), Graf Huyn, Böhm (Melsungen), Schulze (Berlin), Sauer (Salzgitter), Lintner, Amrehn, Straßmeir, Dr. Hackel, Lowack, Dr. Warnke, Dr. Kunz (Weiden), Dr. Hennig, Schwarz, Werner, Gerster (Mainz), Clemens, Dr. Mertes (Gerolstein), Dr. Arnold, Schmöle, von der Heydt Freiherr von Massenbach, Röhner, Niegel und der Fraktion der CDU/CSU

Umfassende Bestandsaufnahme in der Deutschlandpolitik

Die Bundesregierung hat es im Rahmen ihrer Deutschlandpolitik nicht verhindern können, daß die innerdeutschen Beziehungen infolge einer konsequenten Abgrenzungspolitik der DDR-Führung auf einem gefährlichen Tiefpunkt angelangt sind. Von den Folgen dieser Entwicklung werden die Menschen im geteilten Deutschland schwer getroffen. Angesichts dieser Situation sind alle politischen Kräfte dazu aufgerufen, gemeinsam nach Auswegen aus der gegenwärtigen innerdeutschen Sackgasse zu suchen und insbesondere die menschlichen Kontakte über die innerdeutsche Grenze hinweg gegen alle Zerstörungsversuche der DDR-Führung zu verteidigen. Voraussetzung hierfür ist eine Verständigung über die reale Lage, die Zielsetzungen, Bedingungen, Möglichkeiten und Risiken der Deutschlandpolitik.

Eine nüchterne Bestandsaufnahme in diesem Bereich der Politik zu Beginn der 9. Wahlperiode des Deutschen Bundestages ist daher das Gebot der Stunde. Grundlage dieser Bestandsaufnahme muß eine umfassende Darlegung der Fakten durch die Bundesregierung sein. Erst dadurch wird eine Bestandsaufnahme im Parlament ermöglicht.

Der deutschlandpolitische Bericht der Bundesregierung für die Jahre 1969 bis 1979 gibt zwar einen Überblick über die Gespräche und Verhandlungen mit der DDR sowie über die positiven Ergebnisse daraus resultierender Vereinbarungen. Es fehlen jedoch sowohl eine Darstellung der grundsätzlichen politischen Probleme der deutschen Teilung als auch ein vollständiger und übersichtlicher Überblick über die zahlreichen noch ungelösten Einzelprobleme einschließlich der noch nicht abgeschlossenen Folgevereinbarungen zum Grundlagenvertrag und der Vertragsverletzungen durch die DDR. Ebenso gehört zu dieser deutschlandpolitischen Bestandsaufnahme der gesamte Bereich der KSZE-Schlußakte von Helsinki, vor allem ihres Korbes III, und ihrer Verwirklichung im innerdeutschen Verhältnis.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

A. Zu den grundsätzlichen Fragen

1. Wie stehen die Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland nach den Erkenntnissen der Bundesregierung zur Aufgabe, die Einheit Deutschlands in Freiheit mit friedlichen Mitteln zu erreichen? Wie stehen vor allem die jungen Menschen zu dieser Aufgabe?
2. Welche Anstrengungen und mit welchem Erfolg unternehmen nach den Erkenntnissen der Bundesregierung Schulen, Hochschulen und andere Bildungseinrichtungen der öffentlichen Hand, um insbesondere der jungen Generation die Einheit der Nation und die Überwindung der deutschen Teilung nahezubringen?

In welchen Bundesländern und in welchem Umfang wird der Beschluß der Kultusministerkonferenz über die deutsche Frage im Unterricht vom 23. November 1978 verwirklicht?

3. Wie stehen nach den Erkenntnissen der Bundesregierung die Bürger unserer westlichen Nachbarländer zur Frage der Teilung Deutschlands und zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen?

In welcher Weise wirbt die Bundesregierung bei befreundeten oder neutralen Staaten wie auch in internationalen Gremien um Verständnis und um Unterstützung für das Anliegen der Einheit Deutschlands in Freiheit?

4. Was unternimmt die Bundesregierung im Rahmen ihrer auswärtigen Vertretungen und ihrer Auslandskulturarbeit sowie in den Organisationen und Gremien der Vereinten Nationen, um einen Prozeß der Gewöhnung an die Teilung Deutschlands zu unterbinden und den Anspruch des ganzen deutschen Volkes auf Ausübung des freien Selbstbestimmungsrechts als nach wie vor aktuelle Forderung lebendig zu erhalten?
5. Welchen Einfluß haben die innerdeutschen Sonderbeziehungen auf die Außen-, Sicherheits- und Bündnispolitik der Bundesregierung und von welchen Grundsätzen wird sie sich im Falle eines Interessenkonflikts leiten lassen?
6. In welchen Punkten wird der Versuch einer allmählichen Aushöhlung und des Unterlaufens des Viermächte-Abkommens über Berlin seitens der DDR-Führung sowie seitens der UdSSR sichtbar, was geschieht seitens der drei Westmächte, um diesen Versuchen entgegenzuwirken und welche Unterstützung leistet ihnen dabei die Bundesregierung?
7. Welche finanzwirksamen Vereinbarungen mit der DDR strebt die Bundesregierung kurz- und mittelfristig an und welchen Zusammenhang sieht sie dabei mit der Erhöhung des Zwangsumtausches?
8. In welcher Weise können die wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zur DDR nach Auffassung der Bundesregie-

rung in den Dienst einer der Einheit Deutschlands in Freiheit sowie der Lösung humanitärer Probleme dienenden Politik gestellt werden?

9. Auf welchen Gebieten sieht die Bundesregierung konkrete Möglichkeiten, zu einem Interessenausgleich mit der DDR außerhalb des wirtschaftlich-finanziellen Bereichs zu gelangen?
10. Welche Auswirkungen auf das innerdeutsche Verhältnis hat nach Auffassung der Bundesregierung die immer stärkere Militarisierung weiter Lebensbereiche, vor allem der Jugend, in der DDR?
11. Wo liegen die Schwerpunkte der Politik der DDR-Führung, das innerdeutsche Sonderverhältnis in ein völkerrechtliches mit dem Ziel umzuwandeln, daß die DDR für die Bundesrepublik Deutschland zum Ausland wird, und was unternimmt die Bundesregierung, um das zu verhindern?
12. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Abgrenzungspolitik der DDR-Führung die Grundlagen und zentralen Zielsetzungen der Deutschlandpolitik zu beeinträchtigen droht und welches Konzept hält sie für erfolgversprechend, um dem zu begegnen?
13. Welche politische Haltung nimmt die Bundesregierung gegenüber den von der DDR-Führung erhobenen, auf Statusänderung gerichteten Forderungen betr. Staatsangehörigkeit, Rechtsqualität der innerdeutschen Grenze, Grenzverlauf im Elbeabschnitt, Aufwertung der Ständigen Vertretungen sowie gegenüber der Forderung auf Abschaffung der zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter ein?
14. Welche grundsätzliche Position vertritt die Bundesregierung insbesondere hinsichtlich der deutschen Staatsangehörigkeit, welche Schlußfolgerungen ergeben sich daraus speziell für die Deutschen in der DDR, welche praktischen Fragen ergeben sich in diesem Zusammenhang und auf welche Weise sollten sie nach Auffassung der Bundesregierung gelöst werden?
15. Wie versteht die Bundesregierung ihre Wahrungspflicht in bezug auf ganz Deutschland in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 und ihre Schutzpflicht für die in diesem Bereich unter polnischer oder sowjetischer Gebietshoheit lebenden Deutschen?
16. Welches Konzept hat die Bundesregierung zur Durchsetzung der im Internationalen Menschenrechtspakt über bürgerliche und politische Rechte auch mit Polen und der Sowjetunion vereinbarten Volksgruppen- und Minderheitsrechte für die unter der Staatsgewalt dieser Staaten lebenden Deutschen?
17. Welches Konzept hat die Bundesregierung zur Durchsetzung der Menschenrechte für die unter polnischer oder sowjetischer Staatsgewalt lebenden Deutschen?

B. Zum innerdeutschen Grundlagenvertrag und zum Verkehrsvertrag

1. Welche Bestimmungen des Grundlagenvertrages sind von der DDR bis heute ganz oder teilweise nicht erfüllt worden?

Gegen welche Bestimmungen des Vertrages wird seitens der DDR oder ihrer Behörden nach Buchstaben und Geist fortlaufend oder nachhaltig verstoßen?

2. Welche Initiativen zur Herbeiführung eines Abbaus der Sperranlagen an der innerdeutschen Grenze und ihrer grausamen Vorrichtungen unternimmt die Bundesregierung?
3. Welches ist der Stand des Guthabenstransfers aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland, was wird die Bundesregierung zur Verbesserung der Situation unternehmen?
4. Wie ist nach den Erkenntnissen der Bundesregierung der Stand der innerdeutschen Sportbeziehungen und was wird seitens der Bundesregierung unternommen, um die Zahl der sportlichen Begegnungen – insbesondere auch auf dem Gebiet des Breitensports – zu steigern?
5. Sind die Bestimmungen der DDR-Regierung für die Tätigkeit von Journalisten aus anderen Staaten in der DDR mit den im Grundlagenvertrag getroffenen Vereinbarungen vereinbar, und welche Vorstellungen hat die Bundesregierung über die praktische Verwirklichung der Freiheit der Berichterstattung aus der DDR durch die Korrespondenten westdeutscher Medien?
6. Welches ist der Stand der innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen, vor allem der Kooperation, der Kompensationsgeschäfte, der gegenseitigen Verschuldung, der Marktstörungen durch Dumpinglieferungen sowie der illegalen und dem Bereich der Wirtschafts- und Abgabekriminalität zugehörenden innerdeutschen Geschäfte nach den Erkenntnissen der Bundesregierung und welche Maßnahmen unternimmt sie, um insbesondere letzteres zu verhindern und die davon ausgehenden Schäden zu beseitigen?
7. Hält die Bundesregierung die von der DDR-Regierung verfügte Erhöhung des Zwangsumtauschs für vertragswidrig und welche Politik verfolgt sie, um die dadurch herbeigeführte praktische Erschwerung des innerdeutschen Reiseverkehrs zu beseitigen?
8. Stimmt die Praxis der DDR-Behörden bei Einreiseverweigerungen und Zurückweisungen gegenüber Deutschen aus der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) mit den Vereinbarungen im Verkehrsvertrag und im Grundlagenvertrag überein und was kann nach Auffassung der Bundesregierung geschehen, um diese Behinderungen des innerdeutschen Reiseverkehrs abzubauen?
9. Welche politische Konzeption hat die Bundesregierung zur Verbesserung der Möglichkeiten für Deutsche in der DDR, in

den Fällen dringender Familienangelegenheiten eine Erlaubnis zum Besuch der Bundesrepublik Deutschland zu erhalten?

10. Was unternimmt die Bundesregierung, um die im Grundlagenvertrag verabredeten, bisher aber nicht zustande gekommenen Folgevereinbarungen zustande zu bringen?
11. Welches ist der Stand der geplanten innerdeutschen Abmachungen auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik und welche Haupthindernisse stehen ihrem Abschluß entgegen?
12. Welchen Stand haben die Gespräche mit der DDR über Vereinbarungen zur Regelung des Rechts- und Amtshilfeverkehrs im innerdeutschen Verhältnis und welche hauptsächlichen Hindernisse stehen ihrem Abschluß entgegen?
13. Wie ist nach den Erkenntnissen der Bundesregierung der Stand des innerdeutschen Kulturaustausches und aus welchen Gründen kommt das im Grundlagenvertrag vorgesehene Kulturabkommen nicht zustande?
14. Welches politische Konzept zur Beseitigung von seitens der DDR in der Bundesrepublik Deutschland verursachten Umweltschäden hat die Bundesregierung, insbesondere im Hinblick auf die Versalzung der Werra durch die Kali-Abwässer aus der DDR? Weshalb sind die hierfür vorgesehenen Vereinbarungen mit der DDR noch nicht getroffen worden?
15. Welches ist der Stand des Zeitungsaustausches im innerdeutschen Verhältnis und welches politische Konzept hat die Bundesregierung zur Verwirklichung des Grundlagenvertrages in diesem Bereich?
16. Welches ist der Stand der Entwicklung innerdeutscher Jugendbegegnungen, insbesondere auch im außersportlichen Bereich, und welches politische Konzept hat die Bundesregierung, um diesen Austausch zu erweitern und zu intensivieren?
17. Wie ist nach den Erkenntnissen der Bundesregierung der Stand der innerdeutschen Begegnungen im kirchlichen Bereich, vor allem der Möglichkeiten des gegenseitigen Besuchs kirchlicher Veranstaltungen?
18. Welche Schritte beabsichtigt die Bundesregierung zu unternehmen, um eine Senkung des Mindestalters für Personen zu erreichen, die ohne besondere Antragsgründe jährlich aus der DDR zu ihren Angehörigen in die Bundesrepublik Deutschland reisen können?

Bonn, den 5. Mai 1981

**Lorenz
Baron von Wrangel
Jäger (Wangen)
Graf Huyn
Böhm (Melsungen)
Schulze (Berlin)
Sauer (Salzgitter)
Lintner
Amrehn
Straßmeir
Dr. Hackel
Lowack
Dr. Warnke
Dr. Kunz (Weiden)
Dr. Hennig
Schwarz
Werner
Gerster (Mainz)
Clemens
Dr. Mertes (Gerolstein)
Dr. Arnold
Schmöle
von der Heydt Freiherr von Massenbach
Röhner
Niegel
Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion**

Begründung

Die Probleme der Teilung Deutschlands und ihre Überwindung können nicht losgelöst vom politischen Umfeld, insbesondere vom Verhalten der Nachbarstaaten Deutschlands sowie insbesondere der Vier-Mächte betrachtet werden. Deshalb gehört zu einer umfassenden Bestandsaufnahme auch das Verhalten der Regierungen und die Einstellung der Bevölkerung dieser Länder zur Zukunft Deutschlands.

Notwendig ist ferner, die unterschiedlichen Zielsetzungen darzulegen, von denen sich die Regierungen der beiden Staaten in Deutschland hinsichtlich ihrer gegenseitigen Beziehungen leiten lassen, sowie die Möglichkeiten ihrer Durchsetzbarkeit zu untersuchen.

Schließlich muß eine Bilanz darüber gezogen werden, inwieweit vertragliche Vereinbarungen im innerdeutschen Bereich erfüllt, nur teilweise erfüllt, nicht erfüllt oder nachträglich verletzt worden sind und welche Möglichkeiten bestehen, die Erfüllung vertraglicher Vereinbarungen und Zusagen zu erreichen. Dabei wird insbesondere zu untersuchen sein, auf welche Weise der gegenwärtige Tiefpunkt der innerdeutschen Beziehungen überwunden und die Deutschlandpolitik insgesamt aktiv weiterentwickelt werden kann.

Da es Zweck dieser Großen Anfrage ist, eine umfassende und sachliche Erörterung im Parlament mit dem Ziel einer gemeinschaftlichen Bestandsaufnahme herbeizuführen, soll die Antwort der Bundesregierung vor der Debatte im Plenum des Deutschen Bundestages gemäß § 62 Abs. 1 Satz 3 der Geschäftsordnung im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen erörtert werden; dazu werden wir den erforderlichen Antrag stellen.

